

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Birkensteintstraße 46, 10567 Berlin
Tel. Fax 030 3511 62 49
E-Mail: info@antifaschistisches-pressearchiv.de
www.antifaschistisches-pressearchiv.de 70017787

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 25/26, 11. Dezember 2003

Einblicke

Unsere Viertbesten

Von Helmut Löhöffel

Es war nur ein Spiel, das im Oktober und November vom ZDF veranstaltet wurde: „Unsere Besten“. Wer es nicht allzu ernst nahm und diese Mischung aus Scherz und Show als das begriff, was es war, nämlich leichte Unterhaltung mit einer Beimischung Information und Lernen, kann sich über das etwas merkwürdige Ergebnis nicht gewundert haben. Bei der Zuschauerwahl, zu der 3,3 Millionen Stimmen abgegeben wurden, landete auf dem ersten Platz Konrad Adenauer, gefolgt von Martin Luther und Karl Marx. Fünfter war Willy Brandt vor Johann Sebastian Bach und Johann Wolfgang Goethe.

Um so erstaunlicher ist, wer in dieser Reihe von Berühmtheiten auf Platz vier der Besten-Liste kam: die Geschwister Hans und Sophie Scholl! Sie hatten keine Lobby, die Telefonketten arrangierte oder massenhaft SMS abschickte, um das Ergebnis zu manipulieren. Wer in diesem TV-Spiel für die Geschwister Scholl stimmte, muss gewusst haben, warum. Eine interne Auswertung des ZDF ergab, dass sie bei jungen Zuschauern die höchsten Sympathiewerte hatten und in der Kategorie „Mut“ an der Spitze lagen. Also ist – bei allem Vorbehalt wegen des Spielcharakters dieser Sendung – die Schlussfolgerung erlaubt: Es gibt eine Menge Menschen in Deutschland, die den Widerstand von Hans und Sophie Scholl gegen das nationalsozialistische Unrecht höher bewerten als Brandts Friedenspolitik, Bachs Musikwerk oder Goethes Universalität.

Es lohnt sich, darüber kurz nachzudenken. Alle, die ihre Stimmen für Hans und Sophie Scholl abgaben, taten dies bewusst und mit innerer Grundüberzeugung. Für sie ging Moral vor Genie. Wie schön wäre es, wenn sich diese Haltung in aktiven Bürgersinn gegen rechts umsetzen würde und wir nicht immer neue Warnmeldungen über zunehmende rechtsextreme Umtriebe und wachsenden Antisemitismus bringen müssten. Das ist ein Wunsch fürs neue Jahr.

Neuer Schulterchluss

Die „Freien Kameradschaften“ in Norddeutschland unterstützen wieder Aufmärsche der NPD.

Seite 3 ■

Grenzüberschreitend

Der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger gilt in Schweden als aktiver Förderer der dortigen Neonaziszene.

Seite 4 ■

Arsenal des Terrors

US-amerikanische Rechtsextremisten haben möglicherweise einen Giftgasanschlag geplant.

Seite 5 ■

Fehleinschätzung

EU-Behörde wollte die alarmierenden Ergebnisse einer Studie des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung zurückhalten.

Seite 8 ■

Verhindertes Comeback

Ronald B. Schill geistert weiterhin durch die Reihen der Hamburger Regierung.

Seite 13 ■

Meldungen

Seite 18 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Gegen Miteinander**

Das vom Bund geförderte Civitas-Programm für Projekte gegen rechts ist bedroht. In CDU-geführten Ländern wird für einzelne Projekte der Geldhahn zugezogen.

Ende September erhielt der Verein „Miteinander“, eine bundesweit bekannte, beispielhaft arbeitende Initiative gegen Rechtsextremismus, den Julius-Rumpf-Preis der Martin-Niemöller-Stiftung. Anfang Dezember kürzte die Landesregierung von Sachsen-Anhalt dieser anerkannten und bewährten Institution die Zuschüsse für 2004 um die Hälfte auf 150 000 Euro. Damit ist der bei der CDU/FDP-Regierung in Magdeburg ungeliebte Verein in seiner Existenz bedroht.

„Der Verein wird arbeitsunfähig“, sagt der Vorsitzende, Hans-Joachim Tschiche. Er vermutet, dass die ursprünglichen politischen Pläne von CDU und FDP, die schon im vorigen Jahr versucht hatten, „Miteinander“ den Geldhahn zuzudrehen, nun doch umgesetzt werden. Von der früheren SPD-geführten Landesregierung war der Verein, der sich durch ein flächendeckendes Bildungs- und Beratungsangebot einen Namen gemacht hat, mit 500 000 Euro gefördert worden. Inzwischen musste der Verein wegen der erfolgten Kürzung auf 300 000 Euro in diesem Jahr zwei Regionalbüros schließen, nun steht weiterer Stellenabbau bevor. „Die Rechtsextremen werden jubeln“, sagt Tschiche. Sie fordern schon seit langem, den Verein zu zerschlagen. Als „Miteinander“ den Preis erhielt, skandierten rechte Protestierer vor der Kirche: „Kein Geld für Miteinander!“

Die Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (Abad), die Opfer rechter Gewalt aus ganz Thüringen berät, erhält überhaupt keine finanzielle Hilfe von der Erfurter Landesregierung. „Wir verfolgen andere politische Ziele als die Anlaufstelle“, sagt Fried Dahmen, Sprecher des CDU-geführten Ministeriums.

An der Qualität der Arbeit von Abad hat das Innenministerium nichts auszusetzen. Aber an deren Auftreten. So erklärte Abad im Oktober zum Ärger der Landesregierung, die Anzahl rechter Ge-

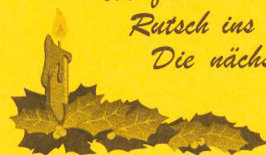
waltdelikte in Thüringen sei während der ersten neun Monate dieses Jahrs dreimal so hoch wie vom Innenministerium angegeben. 60 Angriffe auf Migranten, Flüchtlinge und junge Linke zählte die Anlaufstelle. Das Ministerium kam für den gleichen Zeitraum nur auf 21 Vorfälle. Unterschiedliche Zählweisen von Initiativen gegen rechts und von staatlichen Behörden sind auch anderswo gängig, werden aber nicht gleich mit Mittelentzug bestraft.

Die ministerielle Antwort auf die Frage, warum Abad als „nicht förderungswürdig“ eingestuft wird, lautet: Das Projekt habe eine „antifaschistische Kaffeeahrt“ und eine Demonstration, für die mit einem Vermummten geworben wurde, unterstützt. Die Folgen des negativen Votums sind erheblich. Bisher wurden die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den ostdeutschen Ländern vollständig aus dem Civitas-Programm der Bundesregierung finanziert. Von 2004 an müssen Civitas-geförderte Projekte eine Befürwortung durch die Landesregierungen und eine 20-prozentige Kofinanzierung vorweisen. Die Eigenmittel hat Abad aufgetrieben. Doch weil die Landesregierung das Projekt politisch ablehnt, muss die Anlaufstelle zum Jahresende schließen.

Beide Beispiele stehen für den unübersehbaren Trend, dass das eigentliche Ziel des Civitas-Programms, unabhängige Initiativen zu stärken, bedroht ist. Denn durch die Bundesförderung sollen Projekte gerade auch in Regionen angesprochen werden, „wo der Kooperationswille oder die Einsichtsfähigkeit der jeweiligen Landesregierung in Bezug auf Rechtsextremismus fehlt“, sagt der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy, Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Sprecher seiner Fraktion im Innenausschuss. Parlamentarier von SPD und Grünen denken nun über eine Bundesstiftung nach, die die Programme gegen rechts vor parteipolitischen Druck schützt. *Helmut Lölhöff/Heike Kleffner*

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2004.



Die nächste Ausgabe des „Blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause wieder am 8. Januar 2004.

Aktivitäten

Reihen geschlossen

In norddeutschen Städten marschieren NPD und Freie Kameradschaften wieder gemeinsam für den „biologischen Erhalt des deutschen Volkes“ auf.

Keine Straße auf der genehmigten Neonaziroute, in der nicht ein Transparent mit „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ hing oder ein Plakat mit „Nazis nach Hause schicken“ klebte. Doch den polizeilichen Begleitschutz längst gewöhnt, marschierten die Neonazis am 29. November dieses Jahres selbstsicher durch Lüneburg. Ein Vater trug stolz sein Baby im Arm – auf seiner Jacke prangte „Walhall“. Selbstbewusst schob die Mutter den Kinderwagen mit Reichskriegsflagge durch die Straße. Einige Kameraden witzelten und klönten. Hand in Hand schlenderte ein junges Pärchen mit „Old-School-Racist“-Shirt beim Aufmarsch mit. Die von Gerichten in den letzten Jahren erlaubten Kundgebungen haben die Neonazis verändert. Auch in Lüneburg treten die Kameraden, nachdem das Landesverwaltungsgericht den Marsch der NPD genehmigte, geübt und gelassen auf.

Mehr als 150 Kameraden waren dem NPD-Aufruf „Heimreise statt Einwanderung“ in die alte Salzstadt gefolgt. Unter dem Motto führt der niedersächsische Landesverband um Ulrich Eigenfeld seit Monaten eine „nationale Aufklärungskampagne“ für den „biologischen Erhalt des deutschen Volkes und gegen die staatlich geförderte Masseneinwanderung“ durch. Immer unterstützt von den nördlichen Freien Kameradschaften um Thomas Wulff, marschierte die Partei bereits in mehreren niedersächsischen Städten, wie in Hannover und Braunschweig, auf.

Zuvor hatten die Verfassungsschutzämter in Hamburg und Niedersachsen solch eine enge Unterstützung noch ausgeschlossen. Der interne Streit zwischen den norddeutschen Neonazichefs Christian Worch und Thomas Wulff über die Zusammenarbeit der „nationalen Bewegung“ mit der „nationalen Partei“, scheint aber längst entschieden. Offen lehnt Worch zwar ein enges Arbeiten wegen der V-Männer-Skandale in der NPD ab. Aber vor allem die nördlichen Kameradschaften folgen mittlerweile Wulffs Anweisungen und gehen wieder verstärkt auf die lokalen Parteiorganisationen zu.

In Lüneburg traten denn nicht nur die NPD-Kreisverbände aus Göttingen und Hannover auf, sondern auch Kameradschaften aus dem Weserbergland, Bremen und Hamburg. In Braunschweig mussten die Neonazis noch am 18. Oktober nach Anweisung der Polizei vor der Innenstadt wegen der Gegenproteste umkehren. In Lüneburg setzten die Einsatzkräfte jedoch die Marschroute trotz massiver Proteste durch.

An die 1500 Menschen kamen zu den Gegenaktionen des „Netzwerkes gegen Rechts“, die von rund 70 Organisationen von Gewerkschaften über Bauernvereinigungen bis zu Antifagruppen unterstützt wurden. Auf der Abschlusskundgebung betonte der Hannoveraner DGB-Vertreter Charly Braun: „Auch dem alltäglichen Rassismus muss widersprochen werden“. Als die Kundgebung endete, versuchten Teilnehmer die Neonaziroute zu blockieren. Obst und Eier, vereinzelt Flaschen und Steine, flogen, als die Rechten die Innenstadt erreichten. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Etwa 80 Demonstranten kamen kurzfristig in Gewahrsam.

Trotz des Polizeieinsatzes von 2000 Beamten blieb der Neonaziaufmarsch nicht ungestört. Bei der Zwischenkundgebung begleiteten Topfklopfen und Pfiffe die Reden des Landesvorstandsmitglieds Stefan Pfingsten und des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel. Pfingsten forderte die eigenen Anhänger „zu mehr Aktionen im Rahmen der Kampagne“ auf und Apfel warnte die „Bürger der Stadt“ vor den Belastungen Deutschlands, „wenn sehr bald auch die Türkei Mitglied in der EU sein wird“.

Aber auch als der „Freie Nationalist“ Thomas Wulff bei der Abschlusskundgebung vor dem Bahnhof eine „geschlossene Volksgemeinschaft“ forderte, schallte „Ihr könnt nach Hause gehen“ über den Platz. Zum Ende spielte der örtliche NPD-Kader Manfred Börm über die Lautsprecher das „Deutschlandlied“ an und die Rechten stimmten in die erste Strophe ein. Nach einem kurzen Gerangel und einigen heftigen Wortgefechten mit den Neonazis stellte die Polizei das Band sicher, da diese Strophe nicht öffentlich gespielt werden darf. „Das werden wir vor Gericht ausfechten“, betonte Börm, der den Aufmarsch verantwortete. Am 28. Februar kommenden Jahres, so kündigte Börm an, werden NPD und „Freie Nationalisten“ in Osnabrück die Kampagne fortsetzen: „Denn deutsche Kinder braucht das Land“.

Andreas Speit

Ausland**Schlüsselrolle**

Der in Schweden ansässige Hamburger Rechtsanwalt Rieger agiert grenzüberschreitend für die rechtsextreme Sache.

Um den braunen Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist es in der letzten Zeit in Deutschland ruhiger geworden. Kein Wunder, hat sich doch Rieger, der nicht nur jahrelang Neonazis vor Gericht verteidigte, sondern auch selbst in der rechten Szene an vorderster Stelle aktiv war, auf seinen Alterssitz, das Gut Sveneby Säteri, in Mittelschweden zurückgezogen. Doch es war mitnichten ein Abschied von der Politik. Im Gegenteil. In den letzten Tagen geriet Rieger in die Schlagzeilen mehrerer schwedischer Zeitungen. Er wird beschuldigt, die schwedische rechte Szene tatkräftig zu unterstützen.

Wie ernst die Staatsorgane die rechte Gefahr nehmen, zeigte sich am 25. November. An diesem Tag startete die Polizei eine landesweite Großrazzia gegen Personen mit Verbindungen zur Neonazi-Szene. Zahlreiche Computer und Aktenordner wurden dabei beschlagnahmt. Von der Auswertung erhoffen sich die Behörden neue Erkenntnisse über die Pläne des rechten Spektrums. Zunächst wurden sechs Personen vorläufig festgenommen, fünf nach wenigen Stunden wieder freigelassen.

Gegen den mehrfach vorbestraften 35-jährigen Klas Lund erließ die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Er gilt als führender Kopf der Schwedischen Widerstandsbewegung (SMR) und ist Redakteur der SMR-Mitgliederzeitung „Nationellt Motstånd“ („Nationaler Widerstand“). Lund war 1986 als 18-Jähriger wegen Mordes an einem dunkelhäutigen Jugendlichen zu vier Jahren Haft und 1991 nach einem Bankraub zu sechs Jahren verurteilt worden.

„Expo“-Chefredakteur Stieg Larsson bezeichnet die SMR als „Eliteorganisation mit Terrorträumen“. Rieger wird als eifriger Förderer der aktivsten schwedischen Neonazigruppe hervorgehoben. So sollen drei Personen aus der SMS-Führungsriege mittlerweile ihren Wohnort auf Riegers Gut verlegt haben. Die schwedische Polizei befürchtet, dass Rieger eine Schlüsselrolle bei der Organisation der rechten Szene auch über Schweden hinaus zukommen könnte. Ein Kripo-Sprecher in Skövde

sagte der „Expo“: „Völlig klar, dass hier ein neues Zentrum entsteht. Es kommt ein Gut mit zahlreichen unbewohnten Häusern dazu, und all diese Leute ziehen da jetzt ein.“

Dass Rieger auch über Schwedens Grenzen hinaus für die rechte Sache agiert, zeigte sich erst im August 2003, als er den „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel (Franken) anmeldete. Unter den circa 2600 Teilnehmern befand sich eine Abordnung der SMR mit Lund. Auch in Schweden sind die Rechtsextremisten wieder verstärkt aktiv. So versammelten sich am 6. Dezember über 1500 Neonazis in der Nähe von Stockholm zum so genannten „Salemarsch“. Damit wollten sie ihres Gedenksumpanen Daniel Wretström gedenken, der im Jahr 2000 in einer Auseinandersetzung mit Flüchtlingen umgekommen ist. Im vergangenen Jahr nahmen rund 1000 Neonazis an dem Aufmarsch teil. Neben der SMR stand auch die Nationalsozialistische Front im Visier der schwedischen Behörden. Diese im Vergleich zur SMR wesentlich kleinere und abgeschottetere Organisation war ebenfalls von der Razzia betroffen.

Die rechtsextremen Organisationsversuche in Schweden sind nicht neu. Schließlich hatten sie 1999 einen blutigen Höhepunkt erreicht. Damals wurden unter anderem ein Journalist und sein Sohn durch eine von Neonazis gelegte Autobombe schwer verletzt und der Gewerkschaftler Björn Söderberg vor seiner Wohnung ermordet, weil er öffentlich gemacht hatte, dass sich ein Neonazi in seiner Firma in den Betriebsrat wählen lassen wollte. Dieser Mord hatte zu einer schwedischen Variante des so genannten Aufstands der Anständigen geführt. Nicht unumstrittener Höhepunkt war die Veröffentlichung der Konterfeis und Lebensläufe von 62 bekannten Neonazis durch vier führende schwedische Tageszeitungen (BnR berichtete).

Dass sich die rechte Szene so schnell reorganisieren könnte, kam für Beobachter überraschend. Für die rechten Positionen ist aber durchaus ein Wählerpotenzial vorhanden. So gelang den extrem rechten Schwedendemokraten der Einzug in 28 Stadt- und Gemeinderäte. Durch diesen Erfolg gestärkt hoffen sie, bei den Wahlen 2006 ins Parlament einzuziehen. Die Partei bemüht sich jetzt um mehr Seriosität und vertritt keine offen neonazistischen Positionen mehr. Neonazigruppen wie die SMR und die Nationalsozialistische Front versuchen daher, das von den Schwedendemokraten frei gegebene Terrain zu besetzen.

Peter Nowak

Ausland

Anschlag vereitelt

Die US-Sicherheitsbehörden finden bei Rechtsextremisten chemische Giftstoffe und Substanzen zum Bombenbau.

Nachdem in Deutschland jüngst die Bedrohung durch rechtsterroristische Umtriebe unter anderem im Lichte der Ermittlungen von München und Schleswig-Holstein („Combat 18“) offensichtlich geworden ist, hatten in den USA Rechtsextremisten anscheinend sogar einen Giftgasanschlag geplant.

Wie erst jetzt bekannt wurde haben Beamte verschiedener amerikanischer Bundesbehörden in den letzten Monaten weitreichende Ermittlungen gegen so genannte „domestic terrorists“ durchgeführt. Drei Verdächtige mit Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen wurden bereits im Mai in der Kleinstadt Tyler, Texas, unter Terrorismusverdacht verhaftet und eine hochgiftige Natrium-Zyanid-Bombe sicher gestellt. Daneben wurden mehr als 100 weitere Bomben, Bombenteile, Maschinengewehre, 500 000 Munitionsrunden und chemische Giftstoffe beschlagnahmt. Ebenso fanden sich Polizeiberichten zufolge alarmierende Dokumente, die vermuten lassen, dass sich weitere unidentifizierte Mittäter noch auf freiem Fuß und in Besitz des tödlichen und farblosen Gifts Zyanid befinden. Schon wenige Milligramm HCN oder Zyanid (Salz der Blausäure) können auf den Menschen tödlich wirken (Atemlähmung).

Der verhaftete William J. Krar, ursprünglich aus New Hampshire, legte jetzt Ende November im Gericht von Tyler, Texas, ein Geständnis hinsichtlich des Besitzes von Giftgas ab und sieht einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren entgegen. Krar's Lebensgefährtin Judith Bruey gab den Besitz anderer illegaler Waffen zu und könnte bis zu fünf Jahren Haft verurteilt werden. In Newark, New Jersey, wurde außerdem Edward Feltus, Mitglied der New Jersey Militia, festgenommen und gab zu, von Krar gefälschte Ausweise der Vereinten Nationen und des Verteidigungsministeriums erworben zu haben.

Seit den Verhaftungen im Mai wurden unter strengster Geheimhaltung mehrere hundert Hausdurchsuchungen und andere gerichtliche Zwangsmaßnahmen in den gesamten USA durchgeführt.

Alle drei Verdächtigen schweigen sich unterdessen weiterhin über die Hintergründe eines möglicherweise verheerenden Giftgasanschlags aus. Wenig ist über die Verdächtigen selbst bekannt. Krar und Bruey zogen beide fast unbemerkt im Jahre 2001 ins winzige Noonday, Texas, nahe Tyler und eröffnete dort ein Waffengeschäft mit Reparaturwerkstatt. Krar soll laut FBI-Ermittlungen wie schon in New Hampshire auch in Texas sehr aktiv in der örtlichen rechtsextremen Militia gewesen sein.

Schon im Jahre 1995 war Krar allerdings der Polizei wegen Vergehen gegen das Waffengesetz aufgefallen. Ein Mitangeklagter hatte damals ausgesagt, dass beide einen tiefen Hass gegen die amerikanische Regierung empfänden und Bombenanschläge gegen Regierungsgebäude planten. Krar leugnete diese Vorwürfe und die belastende Aussage wurde wenig später zurückgezogen.

Ermittler vermuten, dass Krar, der wie bei Milizanhängern in den USA üblich, aus Protest gegen die Regierung seit 1988 keine Einkommenssteuer mehr gezahlt hat, sein Einkommen hauptsächlich vom Verkauf von Waffen und Bombenteilen an militante rechtsextreme Kreise bezogen hat. Nervosität löst die Befürchtung aus, dass Krar weitere Natrium-Zyanid-Bomben hergestellt und veräußert haben könnte. Weitere Indizien auf terroristische Aktivitäten geben Papiere, die bei Krar gefunden wurden und konkrete Hinweise auf klandestine Treffen, Methoden zur Irreführung der Polizei und Listen von Codewörtern enthalten.

Das FBI war eher zufällig auf William Krar gestoßen, als dessen Paket mit gefälschten Ausweisen der Vereinten Nationen und des Verteidigungsministeriums nicht bei Feltus in New Jersey ankam, sondern bei einem Mann im New Yorker Stadtteil Staten Island, der daraufhin die Polizei verständigte. Die eingeleiteten Ermittlungen führten die Beamten schließlich zu Krar nach Texas und zu dem Zyanidfund.

Auch in den USA könnte sich womöglich der proklamierte „Kampf gegen den Terror“ zu sehr auf muslimische beziehungsweise arabische Täter konzentrieren und so gefährliche Gelegenheitsfenster für nicht minder fanatische rechtsextreme Bombenleger öffnen. Die springen auf den Zug des vom internationalen Terrorismus weltweit geführten Kriegs gegen wahlweise die „jüdische Weltverschwörung“ oder den „amerikanisch-westlichen Imperialismus“ auf.

Thomas Grumke

Ausland**Konflikte anheizen**

Der rechtsextreme Front National instrumentalisiert den in Frankreich verbreiteten Unmut gegen die Tabaksteuer- und Kraftstoffserhöhung.

Ein neues Millionenpublikum sieht Jean-Marie Le Pen bereits für die extreme Rechte erschließbar, wie er in der rechtsextremen Wochenzeitung „Minute“ vom 26. November ausführt: Die Raucher und die Autofahrer.

Auf die Straße gegangen sind in jüngster Zeit, etwa am 24. November in Paris, zwar nicht die Raucher insgesamt, wohl aber die Tabakhändler – um der Regierung mit dem Stimmzettel zu drohen: „Der Raucherkrebs führt zum Tumor in den Urnen.“ Das muss nicht bedeuten, dass sie für die extreme Rechte stimmen werden; in der Mehrzahl der Fälle läuft es aber wohl darauf hinaus. Gleichzeitig drohen sie damit, ihre „täglich 11 Millionen Kunden“ entsprechend zu beeinflussen.

Die Tabakhändler, die in Frankreich meist zugleich auch Kaffee und Alkohol ausschenken, sind ein traditionell rechts stehender Berufszweig. Napoleon hatte ihn um 1800 begründet – da der Staat ein Monopol auf den Tabakhandel hatte, führte er eine Lizenz ein. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein wurde bevorzugt eine Klientel bedacht, die aus ehemaligen Militärs und ähnlich „zuverlässigen“ Milieus bestand. Das hat sich zwar geändert, da die korporatistischen und berufsständischen Strukturen aufgelöst wurden, die dem Vichy-Regime als Fundament gedient hatten. Doch bis heute ist die soziale Mentalität des Berufsstands eher konservativ bis reaktionär geprägt. Jetzt empören sich die Geschäftsleute über den Staat, an dessen Monopol sie mit verdienen. Die Regierung hat nämlich eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuern beschlossen. Ab kommenden Juli wird das Päckchen Zigaretten stolze 5,50 Euro kosten. Die Händler befürchten einen Kundenverlust.

Vor diesem Hintergrund wittert der rechtsextreme Front National seine Chance. Bereits im Oktober schickte er einen vierseitigen Brief an alle 34 000 zugelassenen Tabakhändler in Frankreich. Darin verband er die Interessenpolitik – die Ablehnung der Steuern – mit weiter gehenden politischen Zusam-

menhängen. Denn die Affäre der Tabaksteuern werfe einerseits die Frage nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU, die sträflicherweise abgeschafft worden seien, und dem Ende der „in alle Himmelsrichtungen offenen Nation“ auf – da der Zigarettenschmuggel nun sprunghaft zunehmen werde. Andererseits sei auch die Zunahme von Überfällen auf und Einbrüchen in Tabakläden zu befürchten, wenn der Zigarettenpreis unerschwinglich hoch liege. Daher stelle sich die Frage nach mehr Polizei und „Innerer Sicherheit“.

Bei den Autofahrern sorgt wiederum die jüngst beschlossene Verteuerung von Diesel-Kraftstoff für Unmut. Tatsächlich sind solche Erhöhungen der Verbrauchssteuern unpopulär und sozial ungerecht, da die indirekten Steuern nicht proportional am Einkommen ausgerichtet sind. Mit Erfolg kann der Front National hier freilich nur dann ansetzen, wenn er verschweigt, was er selbst im Parteiprogramm stehen hat, das vor allem auch auf Anti-Steuer-Demagogie aufbaut: Die restlose Abschaffung der – am Verdienstniveau orientierten – Einkommenssteuer und zugleich die radikale Erhöhung der besonders unsozialen Mehrwertsteuer. In Jean Marie Le Pens Schriften ist davon die Rede, letztere (auf über 40 Prozent) zu verdoppeln. Aber welcher rechtsextreme Wähler studiert schon genau die Programme?

■ „Soziale Unsicherheit“ steht im Zentrum der Agitation ■

Auch ansonsten zeigt die extreme Rechte sich sehr geschickt beim Aufgreifen von sozialen Interessen und von Begriffen, die umgebogen und in ihren Diskurs eingepasst werden. Wichtigstes Beispiel ist das neue Leitmotiv der rechtsextremen Kampagne für die Regionalparlamentswahlen im kommenden März: „L'insécurité sociale“.

Dieser Begriff der „sozialen Unsicherheit“ wurde in den letzten beiden Jahren vor allem bei Linken und Antifaschisten verwendet. Und zwar als Gegenargument zum Konzept von „Unsicherheit“ im polizeilichen Sinne, das vor anderthalb Jahren den Präsidentschafts-Wahlkampf fast aller etablierten Parteien und des FN dominierte. Dieses „Unsicherheitsgefühl“ sei nur eine Chiffre für die verbreitete Zukunftsangst, wurde betont, die aber in Wirklichkeit soziale und ökonomische Ursachen habe. Dadurch wurde versucht, die Debatte zu rationalisieren.

Genau das Gegenteil bezweckt jetzt die extreme Rechte. In ihrer Wahlkampfstrategie, die offiziell am 7. Dezember beschlossen wurde, soll die „soziale Unsicherheit“ im Mittelpunkt stehen. Präsentiert wird sie aber nicht als Gegenmodell zur „Unsicherheit“ im herkömmlichen Sinne, sondern als Facette einer Gesamterscheinung, zu der die Furcht vor Straftaten ebenso gehöre wie die wirtschaftliche Verunsicherung und die Krise der Sozialsysteme. Alles seien nur Symptome einer um sich greifenden „Unsicherheit“, die aus der Zerstörung der Grenzen, der Nationen und traditioneller Hierarchien resultiere.

■ Ein „französisches Kalifornien“ für reiche Rentner ■

Vielleicht wird es jetzt der letzte Wahlkampf von Jean-Marie Le Pen sein. Der mittlerweile 75-Jährige bewirbt sich um die Präsidentschaft der Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur). Der Präsidentenstuhl steht in Marseille, doch Le Pen tritt als Direktkandidat im besonders reaktionären Nizza an. Seine Vision für die Region ist die eines „französischen Kalifornien“. Konkret predigt er eine Erschließung des Hinterlands durch schwer bewachte Villen und Siedlungen für reiche Rentner, die als eine Art golden ghettos implantiert würden. Mit provençalischen Traditionen, auf die er sich beruft, hat das freilich nichts zu tun.

Dass Jean-Marie Le Pen angesichts seines Alters ein politisches Auslaufmodell ist, zeigte seine jüngste Fernsehdebatte am 20. November mit Innenminister Sarkozy. Er schaffte es, den FN-Chef als gealtert und unsouverän erscheinen zu lassen.

Doch Ersatz steht bereit. Die jüngste Tochter des Parteigründers, Marine Le Pen, wird nicht nur zur wahrscheinlichen Nachfolgerin des Herrn Papa an der Parteispitze aufgebaut. Die 35-jährige ehemalige Anwältin tritt jetzt auch als Spitzenkandidatin für die Präsidentschaft der Region Ile-de-France (des Großraums Paris) an. Und sie knüpft für die Zukunft auch eifrig internationale Kontakte. Anfang Oktober traf sie in einem Hotel in der Normandie Vertreter des rechtsextremen belgischen Vlaams Blok. Zwei Wochen später weilte sie in Washington D.C. und New York, auf Einladung des Women Republican Club of New York – einer Frauenvereinigung der Republikanischen Partei der USA, vor der sie eine Rede halten durfte.

Bernhard Schmid

Aktivitäten

Beschlagnahmt

Keine „Stimme des Gewissens“

Auf die November/Dezember-Ausgabe der rechts-extremen Zeitschrift „Stimme des Gewissens“ werden die Abonnenten vergeblich warten. Am 27. November beschlagnahmte die Polizei in Vlotho die gesamte Auflage von 3000 Stück. Abgedruckt worden war in dem Heft die von Horst Mahler unterzeichnete Gründungserklärung des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocausts Verfolgten“, der sich Anfang November in Vlotho gebildet hat (BnR 24/03). Volksverhetzend sei der Text, befand die Staatsanwaltschaft Bielefeld, und das örtliche Amtsgericht ordnete die Beschlagnahmung an.

Eigentlich hatten es die Ermittler auf die September/Okttober-Nummer der „Stimme des Gewissens“ abgesehen, als sie zwei Tage zuvor, am 25. November, zu Durchsuchungen im Collegium Humanum (CH), bei der Druckerei Deppe-Druck und der CH-Vorsitzenden Ursula Haverbeck-Wetzel in Vlotho sowie beim „Schriftleiter“ des Blattes, dem 82-jährigen Ernst-Otto Cohrs, im niedersächsischen Rotenburg/Wümme ausgerückt waren. Das Bielefelder Amtsgericht hatte die Beschlagnahmung des Heftes angeordnet: In zwei Beiträgen werde der Holocaust geleugnet. Doch das Heft hatte seine Leser zu diesem Zeitpunkt schon erreicht. Nur einen kleinen Rest der Auflage – 20 Hefte – konnten die Ermittler mitnehmen. Statt dessen fiel ihr Blick in der Druckerei auf die noch komplett vorhandene aktuelle Ausgabe, in der sie ebenfalls fündig wurden, was Volksverhetzendes anbelangt.

Die „Stimme des Gewissens“ erscheint seit 33 Jahren, zunächst als Organ des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL), seit 1986 gemeinsam von WSL und Collegium Humanum herausgegeben, seit Heft 1/01 und der Auflösung des Weltbundes in alleiniger Trägerschaft des Collegiums. Das CH betreibt seit 35 Jahren in Vlotho eine Bildungsstätte. Genutzt werden die Räume von unterschiedlichen Gruppen zu unterschiedlichen Anlässen: Neonazis trafen sich dort zu Schulungen, Vertreter der „Neuen Rechten“ referierten, Holocaust-Leugner hielten Vorträge, und auch als Veranstaltungsort für Neonazi-Konzerte musste das Gebäude an der Bretthorststraße schon herhalten. *Tomas Sager*

Seitenblick**Jahresrückblick 2003**

Beim Kampf gegen Rechtsextremismus gab es positive und negative Ergebnisse.

* Das Bedrückendste – der Antisemitismus nimmt zu. Jürgen Möllemann und Martin Hohmann haben mit ihren gefährlichen Banalitäten das Bemühen in Frage gestellt, mit der Geschichte ins Reine zu kommen. Ausschlussverfahren sind deshalb nur eine halbe Antwort, wenn die deutliche Standortbestimmung ausbleibt. Für Juden in aller Welt stehen die EU-Studie zum Antisemitismus, aber auch schärfer werdende Parteinahmungen gegen Israel im Nahostkonflikt im Vordergrund.

* Das Beunruhigende – die fortschreitende Radikalisierung in der Neonaziszene. Sie ist längst autonom. Immerhin: der SSS-Prozess oder die Reaktion auf die Mordtat in Dolgenbrod zeigen die Entschlossenheit des Rechtsstaats zur Gegenwehr.

* Sorge bereitet nach wie vor das organisierte rechte Spektrum. Den Zustand beschreiben die Rechten selbst: der Ruf nach einem Führer bleibt unerhört, die Szene ist angesichts der vielen Möchtegern-Führer fraktioniert. Die Ergebnisse der Wahlen haben die Bedeutungslosigkeit offenbart: bei der Kommunalwahl in Bayern Verlust der traditionellen Hochburgen, Zufallserfolge in Brandenburg, auch in Bremen lässt sich ein „Erfolg“ nur rechnen, wenn man die Schill-Partei vereinnahmt. Es bleibt dabei: die rechten Parteien behindern sich gegenseitig.

* Am bedauerlichsten war eine Niederlage: das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens. Der Bundesinnenminister hatte mit seiner anfänglichen Ablehnung einer solchen Hammeraktion richtig gelegen; aber wie hätte er dem Aktionismus seines viel deutlicher gescheiterten bayerischen Kollegen widerstehen sollen? Nachdenklich machen die handwerklichen Fehler der Geheimdienste.

Es ist an der Zeit, in der Auseinandersetzung mit Rechts die Akzente neu zu setzen: Gelegentlich etwas weniger Hysterie, Grundrechte gelten auch für Extremisten, selbst wenn sie Dinge verbreiten, die wir nicht schätzen. Nicht jedes Propagandadelikt bedarf zum Füllen der Statistik eines Ermittlungsverfahrens. Dass Demonstrationen erlaubt sind, müssen nicht immer wieder Gerichte bescheinigen. *K.H.R.*

Hintergrund**Blamabel und feige**

Die Ergebnisse einer Studie des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung sind alarmierend. Wiener EU-Behörde wollte sie unter Verschluss halten.

Das kommt in Politik, Wirtschaft, Publizistik, Wissenschaft und Forschung tagtäglich vor. Man will Antworten auf eine bestimmte Frage und beauftragt eine Institution. Dabei entscheidet man sich nicht für ein x-beliebiges Institut, sondern für das beste. Man einigt sich auf Termine und wenn nichts anderes vereinbart worden ist, wird das Ergebnis veröffentlicht. Es geht allerdings auch anders. Bis zum Auftrag läuft es wie beschrieben. Danach verdreht sich alles um 180 Grad. Das Ergebnis wird nicht veröffentlicht. Dem beauftragten Institut wird ein Maulkorb verpasst und wenn schließlich doch etwas an die Öffentlichkeit dringt, behauptet der Auftraggeber, die Studie sei missraten. Man müsse alles überprüfen. Danach sehe man weiter. Das ist der Stand der Dinge um einen Streit, der peinliche Züge trägt und gefährlich ist. Konkret geht es um Folgendes:

Bei der EU in Brüssel wollte man wissen, wie sich Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gemeinschaft entwickelt haben. Das war 2001. Das „European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia“ EUMC (Zentrum zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit) in Wien, von Brüssel mit jährlich sechs Millionen Euro finanziell gut ausgestattet, erhielt den Auftrag und machte sich auf die Suche nach dem kompetentesten wissenschaftlichen Institut. Dabei wurde sie bald fündig. An der Technischen Universität Berlin gibt es seit 1982 das Zentrum für Antisemitismusforschung, das längst weltweit einen vorzüglichen Ruf genießt. Das gilt zumindest für die vielen Jahre, seit denen der Historiker Professor Wolfgang Benz der Leiter ist. Der Mann, der sein Institut zu einer weltweit geachteten Institution ausgebaut hat, gilt mit seinen Mitarbeitern wie etwa Werner Bergmann und Juliane Wetzels als die Adresse für Antisemitismusforschung schlechthin.

Deshalb war das EUMC gut beraten, „einem der renommiertesten Institute zu diesem Thema in Europa“ („Financial Times Deutschland“; FTD) den Auftrag zu erteilen. Seit einem Jahr ist die Studie

fertig, liegt der EU-Behörde in Brüssel vor, wird dort aber unter strengem Verschluss gehalten. Sie „erfüllt bei den Daten nicht die Qualitätskriterien“, antwortete der außenpolitische Beauftragte der EU, Javier Solana, dem US-Kongressabgeordneten Robert Wexler nach dessen drängender Aufforderung vom Sommer vergangenen Jahres, das brisante Schriftstück endlich zu veröffentlichen. Und brisant ist das Ergebnis der Erhebung allemal. In der EU erweisen sich nämlich neben Neonazis vor allem junge muslimische Migranten als gewalttätige Antisemiten. „Physische Attacken gegen Juden sowie die Schändung und Zerstörung von Synagogen wurden häufig von jungen Muslimen ausgeführt“, zitiert die FTD aus dem Bericht, der ihr nach eigenen Angaben vorliegt. Juliane Wetzel, Mitautorin der Studie, weist die Kritik aus Brüssel entschieden zurück. „Die Resultate bereiten der EUMC Schwierigkeiten, weil sie gerade diese Gruppen schützen will.“ Und sie ergänzt zu Recht selbstbewusst: „Wir sind die Experten. Selbstverständlich haben wir unzureichende Daten der nationalen EUMC-Koordinationsstellen mit eigenen Recherchen und Informationen ausgeglichen.“

■ „Es ist die dunkle Seite unserer Kultur, Juden abzulehnen“ ■

Kein Wunder, dass sich mittlerweile auch die Direktorin der EUMC, Beate Winkler, nolens volens geäußert hat. „Wir haben versucht, das zu reparieren durch zusätzliche Daten, aber trotz guten Willens waren sie nicht ausreichend.“ Man werde eine neue Studie anfertigen und im April der Öffentlichkeit vorlegen. Darauf darf man gespannt sein. Gegenüber Medien hat Winkler nämlich jetzt zugeben müssen, dass ihre Stelle ähnliche Beobachtungen macht wie das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung. Es gebe, sagt Winkler, „neue Verbindungen zwischen Rechtsextremisten und islamischen Fundamentalisten, jungen arabischen Einwanderern, die sich ausgegrenzt fühlen und sich mit Palästinensern identifizieren.“ Und als habe sie die Berichte des Bundesverfassungsschutzes unter konservativen Bundesregierungen studiert, fügte Winkler hinzu: „Es ist aber auch Antisemitismus im linksextremistischen Bereich zu beobachten.“ Das hat bisher niemand ernsthaft bestritten, nur ist die Gewaltbereitschaft dort viel weniger ausgeprägt.

Inzwischen erweist sich die Verweigerungshaltung der EUMC als obsolet. Anfang des Monats hat der

„Europäische Jüdische Kongress“ in Paris die Studie veröffentlicht. Außerdem steht sie im Internet unter „Antisemitismus in der Europäischen Union“ und auf der Homepage des grünen EU-Parlamentariers Daniel Cohn-Bendit. Dort kann nun jeder Interessierte lesen, wie es nach den Erkenntnissen der Berliner Experten um den Antisemitismus in Europa tatsächlich bestellt ist. Da hilft keine Ausrede der EUMC mehr. Es brennt, und zwar vor allem in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Ob die Vertreter der drei Staaten bei der Verweigerungshaltung der EUMC mitgemischt haben, wird sich bald herausstellen. Angenehm werden ihnen die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Berliner Fachleute gewiss nicht sein. Frau Winkler hat vielleicht auch deshalb eine neue Erklärung dafür gefunden, warum die überarbeitete Fassung notwendig sei. Der Untersuchungszeitraum Mai/Juni 2002 habe sich später als nicht repräsentativ erwiesen. Mit diesem Scheinargument gewinnt die EUMC allerdings keine Glaubwürdigkeit zurück. Im Bericht aus Berlin kann man nämlich die Hinweise darauf finden, dass es oft einen engen Zusammenhang zwischen eskalierender Gewalt im Nahen Osten und antisemitischen Aktionen in Europa gibt. Die Berliner Fachleute haben Antisemitismus von links keineswegs übersehen, was Brüssel zu unterstellen scheint. Sie weisen vielmehr ausdrücklich darauf hin, dass im Umfeld von Globalisierungskritikern ein antisemitischer Diskurs um sich greife, der die USA und Israel zusammen als „imperialistische Macht“ bezeichnet.

Wie beunruhigend die wachsende Judenfeindschaft ist, zeigt sich im Übrigen auch darin, dass Fachleute aus Ländern, die nicht zur EU gehören, die Szene beobachten. Die Schweiz, die eigene Erfahrungen mit Antisemitismus während der NS-Zeit gemacht, jüdische Flüchtlinge der Gestapo ausgeliefert und mit den Nazis blendende Geschäfte getätigt hat, ist seitdem sensibler geworden. Der Schweizer Antisemitismusexperte Ekkehard Stegemann spricht bereits von einer „neuen Welle des Antisemitismus“. „Nach den jüngsten Angriffen auf jüdische Einrichtungen in Istanbul, Frankreich und Schweden gibt es auf der europäischen Landkarte praktisch keinen weißen Fleck mehr.“

Stegemann nennt zwei Gründe für Antisemitismus: Solidarität mit den Palästinensern und grundsätzliches Misstrauen gegenüber Juden. „Es ist die dunkle Seite unserer Kultur in Europa, Juden abzulehnen.“ Das hatten wir doch schon mal.

Heiner Lichtenstein

Dokumentation**Engagement zeigen**

Das Thema Antisemitismus beschäftigt auch den Deutschen Bundestag. Den interfraktionellen Antrag „Antisemitismus bekämpfen“, über den am 11. Dezember debattiert wurde, dokumentiert „blick nach rechts“ in leicht gekürzter Form.

„(...)“

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form des Antisemitismus. Antisemitisches Denken, Reden und Handeln haben keinen Platz in Deutschland.

2. Antisemitismus war der geistige Nährboden für die beispiellose von Deutschland ausgegangene Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Wir haben die besondere Verantwortung, die Erinnerung an den Holocaust und das Gedenken an die Opfer wachzuhalten. Wir müssen uns künftig mit seinen Ursachen und Folgen auseinandersetzen und die Wiederholung einer solchen Entwicklung ausschließen. Die Erinnerung an das Geschehene ist Teil unserer nationalen Identität.

3. Wir dürfen uns niemals daran gewöhnen, dass in Deutschland Jahrzehnte nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus für jüdische Bürger und ihre Einrichtungen noch immer ein erhebliches Gefahrenrisiko besteht und beispielsweise die Grundsteinlegung für das jüdische Gemeindezentrum in München am 9. November 2003 nur unter schärfsten Sicherheitsmaßnahmen stattfinden konnte.

4. Der Deutsche Bundestag beobachtet mit großer Sorge, dass antisemitische Ressentiments nicht nur bei Randgruppen, sondern weit in die Gesellschaft hinein spürbar sind.

Wer Stereotype und Versatzstücke nationalsozialistischer Propaganda aufnimmt und neu zusammenfügt, wer „die Juden“ sprachlich ausbürgert, indem er sie „den Deutschen“ gegenüberstellt und sie damit zur Fremden im eigenen Land macht, wer die Ermordung der europäischen Juden relativiert, steht außerhalb der demokratischen Wertegemeinschaft.

5. Unsere Pflicht ist es, antisemitisches Denken, Reden und Handeln zu bekämpfen. Dabei ist das Engagement jedes Einzelnen gefordert. Wir wollen

in Deutschland die Kultur der Verständigung und des Verstehens ausbauen. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit muss so selbstverständlich sein, dass Bürger jüdischen Glaubens ohne Angst in Deutschland ihre Heimat haben. Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten ist eine Sache der gesamten Gesellschaft. Wo nötig, muss Antisemitismus mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates auch von Polizei und Justiz bekämpft werden.

6. Bildung und Erziehung müssen bei ihrer Aufklärungsarbeit in Familie, Schule und Gesellschaft die Fähigkeit vermitteln, Antisemitismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen zu erkennen und ihm im Alltag entgegenzutreten. Der herausragende Beitrag, den jüdische Bürger zur Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Deutschland geleistet haben, muss stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Der Deutsche Bundestag unterstützt alle Initiativen, die zur Vermittlung von Wissen über die deutsch-jüdische Geschichte beitragen und deutlich machen, dass jüdische Kultur ein bedeutender Teil unseres Landes war und ist.

7. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt Antisemitismus entschieden ab. Sie weiß: Antisemitismus, Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten vergiften das gesellschaftliche Zusammenleben. (...)“

Wehrhafte Demokratie

Köln – Mit einem fast vollendeten Fotokunstprojekt will die Kölner Fotografin Sabine Würich an jene Orte in Köln erinnern, an denen Menschen von den Nazis ermordet wurden. In ihrer Projektbeschreibung heißt es: „Die Tatortrecherche am Kölner Beispiel ergab, dass die totalitäre Gewalt der NS-Herrschaft nicht an einigen wenigen Orten stattfand, sondern das gesamte Stadtgebiet umfasste. Mit der Arbeit wird die Geschichtlichkeit von vertrauten und scheinbar gewöhnlichen Orten sichtbar gemacht.“ Nicht alle Grundeigentümer der insgesamt 160 bisher recherchierten Orte begegnen dem Projekt mit Wohlwollen. Während sich beispielsweise die Firma Infineon sehr kooperativ zeigte, bemüht sich die Künstlerin bisher vergeblich um Fotoerlaubnis auf dem Gelände eines ehemaligen Zwangsarbeiterlagers, das mittlerweile zum Autokonzern Ford gehört. Auch die Sponsorensuche gestaltet sich bisher recht schwierig.

Kontakt: Sabine Würich, photo@sabine.wuerich.de

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Der „blick nach rechts“ dokumentiert Schändungen jüdischer Einrichtungen und Friedhöfe im Jahr 2003:

Januar: 58 Grabsteine werden auf dem Jüdischen Friedhof in Oberöwisheim (Baden-Württemberg) umgeworfen; Schaden 15 000 Euro (24. bis 26.1.).

Februar: Das Synagogendenkmal im rheinland-pfälzischen Bensheim wird geschändet (7.2.). Auf dem alten Jüdischen Friedhof im Leipziger Stadtteil Euritzsch werden 30 Grabsteine umgeworfen. Die vier Täter können noch auf dem Friedhof festgenommen werden (14.2.).

April: In die Holztür eines jüdischen Lebensmittelgeschäftes in Berlin-Mitte werden mehrere Hakenkreuze geritzt (14.4.). 52 Grabsteine werden auf dem Jüdischen Friedhof in Zwickau umgeworfen und beschädigt (21.4.); Sachschaden 35 000 Euro.

Mai: Rechtsextremisten legen auf dem Jüdischen Friedhof in Neustadt/Holstein ein aufgeschlitztes Ferkel nieder. Ein Gedenkstein wird mit „C 18“ (= „Kampfgruppe Adolf Hitler“) besprüht (4.5.). Auf dem Jüdischen Friedhof bei Bad Kreuznach werden Grabsteine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und antisemitischen Parolen besudelt (5. bis 12.5.).

Juni: Im ostsächsischen Zittau verwüsten Unbekannte den Jüdischen Friedhof. Etwa 30 Grabsteine werden umgeworfen (entdeckt am 26.6.).

Juli: Das jüdische Mahnmal in Berlin-Moabit wird mit Pflastersteinen beworfen und beschädigt (9.7.). Im vorpommerschen Löcknitz bei Anklam wird das jüdische Denkmal mit rechtsextremen Plakaten beklebt. Auf einem Friedhof für die Opfer des ehemaligen NS-Arbeitslagers in Vahingen an der Enz besprühen Unbekannte einen Gedenkstein und mehrere Tafeln mit Hakenkreuzen und anderen Nazi-Symbolen (23.7.). In der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge in Sachsen-Anhalt werden Hetzplakate gegen Juden geklebt (28.7.).

August: Schändung des Alten Jüdischen Friedhofs im Kasseler Stadtteil Bettenhausen. Die Täter beschädigen 56 Gräber; Schaden mindestens 25 000 Euro (15. bis 17.8.).

September: Unbekannte werfen auf dem Jüdischen Friedhof in Dortmund-Wickede Grabsteine um und zerstören das dort aufgestellte Mahnmal. Der Eingangsbereich sowie 45 Gräber und Grabsteine auf dem Jüdischen Friedhof von Efringen-Kirchen (Baden-Württemberg) werden mit Hakenkreuzen sowie „Heil Hitler“ beschmiert (16.9.). Im Bremer Stadtteil Hastedt werden in der Nähe des Jüdischen Friedhofs Hakenkreuze und Nazi-Sprüche auf Stromkästen und Hauswände gesprüht und geschmiert. Erneut wird das jüdische Denkmal in Löcknitz mit rechtsextremen Plakaten beklebt.

Oktober: Die Gedenktafel für den ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinrich Stahl, in Neukölln wird geschändet. Die Täter verhängen die Tafel und beschmieren die Hauswand mit Hakenkreuzen (3.10.). 42 Grabsteine werden auf dem Jüdischen Friedhof bei Gudensberg in Nordhessen mit NS-Parolen wie „Sieg Heil“, „Heil Hitler“, „SS“, „Hass“ und „Hakenkreuz“ in roter Farbe besprüht, an den Pfosten des Eingangstors und dort angebrachten Tafeln finden sich Hakenkreuze (9. bis 11.10.). Eine Statue des Künstlers Fritz Cremer beim KZ Ravensbrück wird mit rechtsextremen und antisemitischen Parolen verunstaltet (10. bis 12.10.). Schändung des Jüdischen Friedhofs in Michelstadt/Odenwald (15.10.). Der Jüdische Friedhof in Beeskow (Brandenburg) wird geschändet. Die Täter hinterlassen an der Friedhofsmauer und an Grabsteinen rechtsextreme Parolen (16.10. entdeckt). Ein Gedenkstein und eine Hinweistafel des Jüdischen Friedhofs im brandenburgischen Fehrbellin werden mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen besudelt (24.10. entdeckt).

November: Das Jüdische Mahnmal an der Putzbrücke in Berlin-Tiergarten wird wieder geschändet (5.11.). Schändung eines jüdischen Mahnmals im nordrhein-westfälischen Sprockhövel. Abgebrochen wurde eine Metalltafel, die zum Gedenken an die in der NS-Zeit aus dem Ort vertriebene Jüdin Clara Röttgen in eine Mauer eingelassen war (8.11.). Das jüdische Denkmal in Löcknitz wird erneut beschädigt (17.11.). Die Synagoge in Hagen und das Jüdische Gemeindehaus werden mit antisemitischen Parolen beschmiert (21./22.11.).

Dezember: Grabsteine der jüdischen Gedenkstätte in Dortmund-Wickede werden mit NS-Symbolen beschmiert (3.12.). Auf dem Jüdischen Friedhof in Achim bei Bremen werden Hakenkreuze und Parolen auf Grabsteine und das Ehrenmal gesprüht (6.12.).

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Seitenblick**Barings Elan**

Ungefähr 288 000 Zuschauer – sind das nun viele oder wenige? – haben neulich, Anfang November, das „Nachtstudio“ im ZDF gesehen. Unter ihnen war Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“. Er protokollierte, was „Nachtstudio“-Gast Arnulf Baring dort verzapfte. Der Zeithistoriker bescheinigte Adolf Hitler, der Bevölkerung „Enthusiasmus“ und „einen Elan“ vermittelt zu haben, der bis in die 60-er Jahre „weitergewirkt“ habe, aber nun „vollkommen von uns gewichen ist“. Wenn auch nur „ein Bruchteil“ davon mobilisiert werden könne, so faselte Baring, „wären wir aus allen Schwierigkeiten raus“.

Tatsächlich scheint ein gewisser Elan von damals bei dem 71-jährigen Historiker weiterzuwirken, jedenfalls ist er offensichtlich noch nicht so ganz von ihm gewichen. Aufgeregt hat sich darüber kaum jemand. Nun gut, mögen manche denken, wenn ein alter Daddel nachts im Fernsehen schwafelt, ist das vernachlässigenswert. Immerhin machte sich Bettina Gaus von der „tageszeitung“ die Mühe und rief beim ZDF an. Das kümmerliche Ergebnis ihrer Recherche: Es sei eine „redaktionelle Entscheidung“ gewesen, Herrn Baring einzuladen und „natürlich“ würde er wieder eingeladen. Das „Nachtstudio“ habe die Funktion, einen offenen Diskurs „auch über diese Dinge“ zu führen, sagte ihr der Moderator und Redaktionsleiter Volker Panzer. „Wir sind ein Marktplatz, auf dem jeder seine Meinung sagen kann.“ Anstoß nahm er jedenfalls an den Äußerungen Barings auch nachträglich nicht.

Nun hat Baring schon öfter die Grenze des ultra-rechten Populismus berührt oder überschritten. Sein Appell vom 19. November 2002 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, mit dem er die „Bürger auf die Barrikaden“ treiben wollte, enthielt einen kaum verhüllten Aufruf, demokratische Institutionen umzustürzen: Die Situation sei reif „für einen Aufstand gegen das erstarrte Parteiensystem“. 1990 hatte Baring in der Welt über ehemals deutsche Gebiete in Polen geschrieben: „Auf längere Sicht werden die Deutschen sich dieser Gebiete wieder erinnern. Es wird selbstverständlich werden, nicht mehr die polnischen Namen zu benutzen, was eine Form von Sklavensprache ist, eine gehemmte, unfreie Untertanen-Mentalität zeigt.“ Diese Wortwahl ist nicht nur revanchistisch, sondern

kommt verdächtig in die Nähe rechtsextremen Sprachschatzes. Baring muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er mit seinen Gedanken und Sprüchen die Rechten füttert.

In vielen Medien, auch im ZDF, wird ihm Platz dafür geboten. Natürlich ist nicht zu verhindern, dass einer wie er die Bühne einer Talkshow missbraucht, extreme Thesen zu propagieren und unter die Leute zu bringen. In einer Live-Sendung kann jeder sagen, was er will. Selbstverständlich gilt das Recht der Meinungsfreiheit auch für Ansichten, die verquer sind oder uns nicht passen. Aber ein kluger Moderator hat an einer solchen Stelle zu unterbrechen und einzuhaken. Das ZDF ist ein öffentlich-rechtlicher Sender, finanziert aus Fernsehgebühren. Und hat nicht nur deshalb eine besondere Verantwortung für die Grenzen, die bei der freien Meinungsäußerung einzuhalten sind.

Es war schlimm genug, dass keiner von mehr als 100 Zuhörern dem inzwischen aus der Unionsfraktion ausgeschlossenen Abgeordneten Martin Hohmann laut widersprach, als er am 3. Oktober öffentlich seine unsäglich antisemitischen Thesen abließ. Dass in einer TV-Talkrunde wenige Wochen danach solche Botschaften wie die von Baring unwidersprochen verbreitet werden können, zeugt von mangelnder Aufmerksamkeit und fehlender Feinfühligkeit.

Mal sehen, wo und wie lange noch Herrn Baring publizistische Plattformen geboten werden. Mal sehen, ob es noch funktionierende Antennen gibt. Mal sehen, was die Institution meint, die für die Kontrolle des Programms zuständig ist: der ZDF-Fernsehrat.

Helmut Lölhöfel

Personen

Berlin – Jan Philipp Reemtsma, Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat am 26. November den diesjährigen Heinz-Galinski-Preis der Jüdischen Gemeinde zu Berlin erhalten. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse würdigte in seiner Laudatio das Engagement des Preisträgers „für einen differenzierten Umgang mit der Geschichte“. Er bezog sich insbesondere auf die von Reemtsma initiierte Wehrmachtsausstellung, die „ein wesentlicher Beitrag zur Abwehr rechtsextremistischer und antisemitischer Tendenzen“ sei. Diese existierten „nicht nur am Rande, sondern in der Mitte der Gesellschaft“, warnte Thierse.

Grauzone**Immer wieder Schill**

Galgenfrist für das Mitte-Rechts-Bündnis in Hamburg. In der Fraktion und Partei Rechtsstaatliche Offensive tobt ein Machtkampf.

Die Hamburger Mitte-Rechts-Koalition aus CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) und FDP hängt an einem seidenen Faden. Zwar bekannten sich die PRO-Abgeordneten nach einer eilends für Sonntag, den 7. Dezember einberufenen Fraktions-Sondersitzung zu dem Bündnis, doch es ist ein trügerischer Frieden: Nach der Absetzung von Ronald B. Schill als Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes könnte der Parteigründer das Bündnis platzen lassen, wenn er zusammen mit drei Abgeordneten aus der PRO-Bürgerschaftsfraktion ausscheidet.

Um das vorzeitige Ende der Koalition zu verhindern, hatte PRO-Fraktionschef Norbert Frühauf alle 25 Abgeordneten zu der Krisensitzung gebeten. Doch nur 21 kamen. Neben der Hauptfigur Ronald Schill fehlten dessen ehemalige Lebensgefährtin Katrin Freund sowie die Schill-Getreuen Wolfgang Barth-Völkel und Horst Zwengel. In Anbetracht der gelichteten Reihen ist die Aussage von Fraktionschef Norbert Frühauf („Die Abgeordneten werden ihre Arbeit fortsetzen. Wir sind beim Wähler im Wort“) skeptisch zu beurteilen.

Auf welch tönernen Füßen die Fraktionsdisziplin steht, zeigen spontane Reaktionen von Schill-Anhängern. Der Abgeordnete Bodo Theodor Adolphi hatte angekündigt, mit Schill würden mindestens sieben Bürgerschaftsmitglieder die Fraktion verlassen. Davon war bei Adolphi einen Tag später nicht mehr die Rede. Doch die bunt zusammengewürfelte PRO-Fraktion – die meisten Abgeordneten sind politisch äußerst unerfahren – ist jederzeit für Überraschungen gut. Die Hamburger Tageszeitungen druckten bereits Listen mit potenziellen Abweichlern, die den Bestand der Koalition gefährden könnten. Neben den oben Genannten werden vier weitere Namen kolportiert, darunter Richard Braak. „Im Zweifelsfall folge ich Herrn Schill und nicht Herrn Mettbach“, gab der kaufmännische Angestellte zu Protokoll. Mario Mettbach ist als Bundesvorsitzender, Zweiter Bürgermeister und Bausenator zurzeit der starke Mann in der Partei.

Auf Betreiben Mettbachs votierte der Bundesvorstand am 6. Dezember in Berlin mit sieben zu zwei Stimmen für Schills Demission. Zwei Jahre lang darf er keine Ämter annehmen. Der Grund: Schill hatte sich geweigert, eine Erklärung zu unterschreiben, künftig verbale Rüpeleien gegen Hamburger Regierungsmitglieder zu unterlassen. Schills Kommentar nach seiner Amtsenthebung, die er zuvor als „utopisch“ bezeichnet hatte, klingt bedrohlich: „Metzbach ist jetzt politisch tot.“ Nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ peilt Schill nun den Bundesvorsitz an, um den aktuellen Vorstand zu kippen.

Der Ausschluss Schills markiert den Höhepunkt einer rasanten Entwicklung. Erst eine Woche zuvor war Ronald Schill als Hamburger Parteivorsitzender mit deutlicher Mehrheit bestätigt worden. Der 45-Jährige hatte den erneuten Vertrauensbeweis der Parteibasis in der darauf folgenden Woche zu einer Generalabrechnung mit Freund und Feind genutzt. In Interviews mit der Tagespresse und bei einem Auftritt im lokalen Fernsehsender Hamburg 1 schüttete Schill kübelweise Häme über die Häupter seines Nachfolgers im Amt des Innensenators Dirk Nockemann (PRO), Sozialsenatorin Schnieber-Jastram (CDU) und den Regierenden Bürgermeister Ole von Beust (CDU) aus.

Zur Erinnerung: Die nach Parteigründer Ronald Schill benannte neue politische Kraft in der Elbmetropole hatte den Christdemokraten Ole von Beust im Herbst 2001 nach 40 Jahren sozialdemokratischer Vorherrschaft in den Bürgermeister-Sessel gehievt. Schill erhielt in einem von populistischen Parolen dominierten Wahlkampf aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen und 25 Mandate in der Bürgerschaft.

Die aktuelle Rathaus-Krise könnte die letzte sein. „Von Beust hat zu lange versäumt, Schill Grenzen aufzuzeigen. Er wird den Geist, den er rief nicht mehr los“, kommentierte der SPD-Bürgermeisterkandidat Thomas Mirow die Turbulenzen. Macht Schill seine Drohung doch noch wahr, die Fraktion mit „mehreren loyalen Anhängern“ zu verlassen, ist Schluss für das Regierungsbündnis. Kommt es zu Neuwahlen, hätten SPD und Grüne gute Chancen, die neue Regierung zu stellen. Nach einer Emnid-Umfrage käme die jetzige Opposition zusammen auf 48 Prozent, CDU und PRO auf 46 Prozent der Stimmen. Die FDP darf nicht damit rechnen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Volker Stahl

Grauzone**Gesinnung zeigen**

Zahlreiche Unionsmitglieder haben bereits die „Junge Freiheit“ unterstützt.

Am 25. November wurde in der FAZ eine Anzeige der „Initiative 'Kritische Solidarität'“ (Berlin) geschaltet. 411 Unterzeichner bekunden darin ihre Solidarität mit dem umstrittenen Politiker Martin Hohmann. Am 30. November folgte eine weitere Anzeige in der „Welt am Sonntag“, in der 638 Unterzeichner namentlich aufgeführt werden.

Unter den Unterzeichnern ist der Redakteur der „Jungen Freiheit“ (JF) Manuel Ochsenreiter, Mitglied von CSU und Junger Union. Zahlreiche weitere Unterzeichnende, allesamt Unions-Mitglieder, haben Bezug zur JF, darunter: Ursula Besser (Ex-Alterspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Autorin der JF und der „Konservativen Deutschen Zeitung“), Wolfgang Bodenstedt (Frankfurt, JF-Leserbriefschreiber, Autor der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“), Heinrich Bünger (Siegburg, JF-„Appell für Pressefreiheit“), Jürgen Danowski (Ansbach, JF-Interviewpartner, Landsmannschaft Ostpreußen), Gernot Facius (Bonn, JF-„Appell 'Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden'“), Eberhard Frohnecke (CDU-Mittelstandsvereinigung, Osnabrück, JF-Leserbriefschreiber), Andreas Graudin (Berlin, „Appell für Pressefreiheit“), Klaus Hornung (Reutlingen, JF-Autor), Filip Jovic (Mühlhausen-Rettigheim, „Appell für Pressefreiheit“), Bernhard Knapstein (CSU-Fördermitglied, Schneverdingen, LMO-Pressesprecher, JF-Autor), Hans-Helmuth Knütter (Bornheim, Autor der JF und „Konservativen Deutschen Zeitung“), Ernst Hildebert Kratzsch (Senioren Union, Rosengarten, JF- und „Nation&Europa“-Leserbriefschreiber), Ortwin Kuhn (Berlin, JF-„Appell an die Bundeswehr“), Frank Liebermann (Weingarten, JF-Autor), Eckhard Nickig (Wetzlar, JF-Autor), Michael Ruoff (Brüssel, „Appell für Pressefreiheit“), Elimar Schubbe (Bonn, „Appell für Pressefreiheit“), Franz Seidler (München, Autor im Pour le Merite-Verlag, „Appell für Pressefreiheit“), Christian Unkel (Frankfurt, Witikone, „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche“, initiiert vom JF-Autor Götz Kubitschek), Ulrich Woronowicz (Berlin, „Appell an die Bundeswehr“) und Fritz Zwicknagl (München, „Appell an die Bundeswehr“). *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen**Voluminöses Projekt**

Jüdisches Leben in Westfalen bis heute

Paul Spiegel hat die Schirmherrschaft übernommen, und die Historische Kommission für Westfalen nennt es eines ihrer wichtigsten Projekte: 2005 soll ein aus vier Bänden bestehendes und 1800 Seiten umfassendes „Handbuch der jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften in Westfalen und Lippe“ erscheinen. 180 Autoren arbeiten an dem voluminösen Projekt mit und verfassen die mehr als lokalen 230 Artikel, die die Geschichte jüdischen Lebens vor Ort in der Region zwischen Minden im Norden, Siegen im Süden, Höxter im Osten und Bochum im Westen widerspiegeln sollen.

„Ziel des Projekts ist es, die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Westfalen seit dem 12. Jahrhundert bis heute zu dokumentieren“, erklärt Susanne Freund, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster das Projekt redaktionell betreut. „Wir wollen die Juden nicht nur als Opfer, sondern als aktive Mitglieder der Gesellschaft darstellen“, sagt sie. Soziale, demografische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Aspekte sollen ebenso Thema sein wie die Frage der Integration, aber auch der Antisemitismus. Von den ersten jüdischen Ansiedlungen im Mittelalter bis hin zu den Neuanfängen der Gemeinden nach dem Holocaust reicht das Spektrum. Einen Katalog mit drei Dutzend Fragen haben die Autoren an die Hand bekommen. Bis Ende des Jahres sollen sie ihre Texte abliefern.

Auch nach Erscheinen der vier Bände des Handbuchs ist viel zu tun, meint Frank Göttmann, Historiker an der Uni Paderborn und einer der vier Professoren, die das Projekt leiten. Sehr viel sei in den letzten Jahren bereits über den Holocaust und das „Dritte Reich“ gearbeitet worden, betont er. Doch wenn es um das 19. Jahrhundert oder noch frühere Zeiten geht, tun sich reichlich Lücken auf. Einen Teil dieser Lücken hoffen die Autoren mit dem Handbuch stopfen zu können. So wird die Arbeit der Historiker nicht abgeschlossen sein, wenn die vier Bände erschienen sind. Für Göttmann ist das Handbuch eine „Bestandsaufnahme in diesem Augenblick. Wir hoffen natürlich, damit weitere Forschungen anstoßen zu können“. *Tomas Sager*
Informationen zum Projekt gibt es ab Mitte Januar unter <http://www.uni-muenster.de/Staedtegeschichte/>

Bücherschau**„Teuflisches Spiel“****René Schickele, Chronist der frühen NS-Zeit, hat den Terror vorhergesehen.**

Unter der Rubrik „Ich schneide die Zeit aus“ dokumentierte Franz Pfemfert, von 1911 bis 1932 Herausgeber der politisch-literarischen Wochenschrift „Die Aktion“, nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges die in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten „Kouplets“ der Kriegsbejahung und Kriegsbegeisterung. Ihm verwandt in der politischen Gesinnung war damals Rene Schickele, 1883 im elsässischen Oberehnheim geboren, ebenfalls Förderer der jungen expressionistischen Autoren, Lyriker, Dramatiker, Romancier und von 1914 bis 1919 Redakteur der kriegsgegnerischen, literarisch-politischen Zeitschrift „Die Weißen Blätter“. Schickele, wegen seines pazifistischen Engagements von den Behörden drangsaliert, emigrierte 1915 nach Zürich und lebte seit 1919 in Badenweiler. Dort begann Schickele, dem als Vertreter eines „geistigen Elsässertums“ lebenslang die deutsch-französische Verständigung am Herzen lag, am 10. Juni 1932 ein „Großes Tagebuch“, in dem er die politischen Geschehnisse und Erlebnisse kommentiert und mit Hilfe eingeklebter Zeitungsausschnitte auch dokumentiert. Bewusst in Anlehnung an sein früheres publizistisches Engagement nennt Schickele seine Aufzeichnungen „Die Blauen Hefte“. Nach Anlage und Textgestaltung waren sie wohl für eine spätere Publikation vorgesehen. Erhalten haben sich davon vier Hefte. Die letzte Eintragung datiert vom 18. Mai 1933, aus der Emigration in Sanary-sur-mer an der französischen Mittelmeerküste, wo Schickele seit September 1932 lebte. Sein Haus in Badenweiler sah er nie wieder.

Die zu Schickeles Nachlass im Marbacher Literaturarchiv gehörenden und jetzt zum ersten Mal aufwändig veröffentlichten Hefte – in einer Faksimile-Edition mit textgenetischer Transkription – wurden von der Herausgeberin mit einem profunden Kommentar versehen, der unter anderem ihre Bedeutung für Schickeles Spätwerk würdigt und den verwickelten und gewiss nicht spannungsfreien Beziehungen zwischen Schickele und Thomas Mann nachgeht. Doch mehr noch; diese Aufzeichnungen legen auf exemplarische Weise vor allem Zeugnis davon ab, wie die NS-Herrschaft in den Monaten vor und nach der „Machtergreifung“ auf

einen hellsichtigen und politischen Kopf gewirkt hat: Was Schickele aufschreibt, kommentiert und ausschneidet, war nun aber keineswegs nur Eingeweiheten zugänglich, sondern entspricht im Grunde dem, was jeder andere Zeitgenosse und aufmerksame Zeitungsleser eigentlich auch hätte sehen, lesen und wissen müssen.

Die Ausschnitte aus der Tagespresse, die Schickele dokumentiert – „Dabei lasse ich die völkische Presse mit Fleiß außer Acht“, notiert er am 3. April 1933 einschränkend – offenbaren dabei oft genug ein Ausmaß an intellektueller und moralischer Verkommenheit, das Schickele zu Recht schlussfolgern läßt: „Wenn man das liest, könnte man meinen, das deutsche Volk leide an moral insanity.“ So heißt es etwa in einem ihm aus Pforzheim zugesandten Zeitungsausschnitt, der die von SA, SS und einer johlenden Volksmenge begleitete und „in der gesamten badischen Presse als ein Volksfest angekündigte“ Überführung demokratischer badischer Politiker, darunter der am 4. April 1934 ermordete Reichstagsabgeordnete Ludwig Marum, vom Karlsruher Gefängnis in die Straf- und Landesarbeitsanstalt Kieslau detailliert wiedergibt: „Allen scheint die Haft gut zu bekommen. Im Ganzen befinden sich zur Zeit 68 Sozialdemokraten und Kommunisten in der Anstalt. Die Speisekarte ist nicht so reichlich wie bei parlamentarischen Abenden im Staatsministerium. Am Samstag gab es zum Empfang eine kräftige deutsche Linsensuppe, sie soll den Herren ganz gut geschmeckt haben.“

„Jede Nummer dieser Zeitung“, so Schickele am 16. April 1933 nach der Lektüre des „Völkischen Beobachters“, im Vergleich zu dem ihm das bisher Ausgeschnittene harmlos vorkommt, „ist eine Gräuelpropaganda großen Stils, die einzige, die es gibt. Das teuflische Spiel kann nicht gut anders enden als mit der Ausrottung der Juden oder dem Zusammenbruch des Hakenkreuzes.“

René Schickele stirbt im Februar 1940 in Vence, einige Monate nach dem „polnischen Krieg“, den er ebenfalls vorausgesehen hatte: „Man hat den Eindruck – er hat demissioniert. Er wollte eigentlich nicht mehr“, schreibt Valeriu Marcu am 12. Februar 1940, wenige Tage nach Schickeles Tod, an Hermann Kesten.

Theo Meier-Ewert

René Schickele: Die blauen Hefte, Edition und Kommentar, herausgegeben von Annemarie Post-Martens, Frankfurt am Main/ Basel 2002, Verlag Stroemfeld/Roter Stern, (= edition Text 5), 2 Bände im Schuber, 260 und 264 Seiten, 48 Euro.

Bücherschau**Religiöser Eifer**

Der unheilige und massive Einfluss ultrakonservativer Kreise auf die Regierungspolitik der Vereinigten Staaten ist kein wirklich neues Thema. Vor dem Hintergrund des Irak-Krieges und des Feldzuges der US-Administration gegen den internationalen Terrorismus wurde immer wieder publizistisch zur Sprache gebracht, dass im mächtigsten Land der Erde politisch fundamentalistisch ausgerichtete Personen mit handfesten wirtschaftlichen Interessen zu Gunsten der Öl- und Waffenindustrie am Ruder sind.

Eric Laurent, Autor des Bestsellers „Die Kriege der Familie Bush“, hat sich ebenfalls mit dieser Fragestellung auseinander gesetzt und ergiebige Informationen über die „Konservative Revolution“ zusammengetragen. Titel des Buches: „Die neue Welt des George W. Bush – Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus“.

Eingangs stellt der Verfasser fest: „In der amerikanischen Geschichte legten viele Präsidenten großen Wert auf ihre religiösen Wurzeln und demonstrierten dies in ihren Reden mit Bibelzitaten. Doch vor George W. Bush's Einzug ins Weiße Haus hatte Religion nie dieses überproportionale Gewicht.“ Dieses Gewicht wurde bereits in der Antrittsrede als Präsident deutlich, die George W. Bush hielt. Darin äußerte er unter anderem, dass ein „Engel über dem Auge des Wirbelsturms steht“ und ihm die richtige Richtung weist.

Chip Bertlet, einer der bekanntesten US-Experten für ultrakonservative religiöse Bewegungen, urteilt über den Präsidenten: „Bush steht dem messianischen und apokalyptischen Gedankengut der militanten evangelischen Christen nahe. Er teilt ihre Weltanschauung, dass zwischen dem Guten und dem Bösen ein gigantischer Kampf im Gange ist, der seinen Höhepunkt in einer letzten Schlacht erreichen wird.“

George W. Bush steht mit seinem religiösen Eifer im Washingtoner Machtapparat keinesfalls alleine da. So berichtet Eric Laurent, dass das gesamte Personal des Weißen Hauses täglich an Bibelgruppen teilnehme. Der Autor spitzt zu: „Der Präsidentensaal wirkt wie ein großer Gebetssaal, in dem die Männer zwischen zwei gemeinsamen Lesungen

des Alten oder des Neuen Testaments die Geschäfte Amerikas und der Welt führen.“

Diese Gesinnung führt zu seltsam anmutenden und politisch gefährlichen Allianzen, die in dem Buch ausführlich geschildert werden. Eine betrifft die auch als „Vereinigungskirche“ bekannte Mun-Sekte des südkoreanischen Gurus San Myung Mun, die über vielfältige Verbindungen in das rechtsextreme Lager auf der ganzen Welt verfügt. Die Mun-Sekte erfreut sich ausgezeichneter Verbindungen in die Machtzentrale der westlichen Welt. So wurde am 19. Januar 2001 im Hyatt-Hotel in Washington ein Mittagessen mit Gebet zum Amtsantritt von George W. Bush, ausgerichtet. Bei dieser Gelegenheit erhielt Mun eine Auszeichnung für seine „Arbeit zur Förderung traditioneller Familienwerte“. Die Laudatio hielt US-Justizminister John Ashcroft. Schon zu Regierungszeiten des Präsidentenvaters George Bush genoss die Mun-Sekte starke Rücken-deckung im Weißen Haus. Beispielsweise hatte der Chefredakteur der von der Mun-Sekte gegründeten und gelenkten „Washington Times“, Wesley Purden, ständig einen direkten Zugang zu George Bush senior. Bei einem privaten Mittagessen, zu dem Präsident Bush Purden eingeladen hatte, erklärte er ihm Laurent zufolge: „Ich möchte Ihnen sagen, wie wertvoll die Times, die wir täglich lesen, für Washington geworden ist.“

Zwei der konservativen Richter des Obersten Gerichts von Florida, die bei der Präsidentschaftswahl im November 2000 eine erneute Stimmenaushaltung verhinderten, und wodurch schließlich George W. Bush an die Macht gelangte, sind aktive Mitglieder der – von Energieminister Spencer Abraham mitbegründeten – ultrarechten Federalist Society for Law and Public Policy Studies. Einer von ihnen war Clarence Thomas, dessen Frau bei der erzkonservativen Heritage Foundation arbeitete und mit den Vorbereitungen für die Ernennungen der künftigen Bush-Regierung betraut war.

Zwar geht Laurent in seinem Werk zu stark auf wirtschaftliche Interessen von Mitgliedern der US-Regierung ein und hätte noch stärker politische und religiöse Aspekte beleuchten sollen. Aber dennoch hat er das System der „Falken“ im Weißen Haus gut dargestellt und seine ungeheure Brisanz klar gemacht.

Thomas Klaus

Eric Laurent, Die neue Welt des George W. Bush – Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus, Frankfurt/M. 2003, S. Fischer-Verlag, 224 Seiten, 16,90 Euro.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE) 53. Jg., Heft 11/12/2003: Allein am Fehlen der „charismatischen Führungspersönlichkeiten“ kann es ja nicht liegen, dass das „radikale Spektrum“ nicht die Lücke zu füllen vermag, die die Wähler lassen, indem sie den demokratischen Parteien – „Altparteien“ heißen sie in der Terminologie von NE – ihre Stimme verweigern. Das beklagen Harald Neubauer und Franz Schönhuber in ihren Beiträgen. Viele scheinen auch in dieser Bewegung berufen und nur wenige auserwählt. Themen gibt es genug, wie auch diese Ausgabe zeigt, mit denen man vom Frust der Wähler profitieren will. Dass die Parteien die von den weniger gewordenen Wählern zugesprochenen Mandate unter sich aufteilen, rechtfertigt keine Kritik. Und der Vorwurf, die „Hofhunde“ der „Altparteien“ – gemeint ist die „Journaille“ – würden rechte Konkurrenz wegbeißen, vermag auch nicht zum x-ten Mal das Scheitern der extremen Rechten zu begründen, wie es der Bericht über die letzten Wahlen dokumentiert. Die Hoffnung Neubauers, die unmittelbare Herrschaft des sich verweigernden Volkes würde zu Erkenntnissen wie denen des hessischen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann führen, ist wohl kaum die Alternative für Wahlverweigerung. Ob Schönhubers Klage, die SPD fände nicht aus dem Tal der Tränen heraus, echt empfunden ist, sei dahin gestellt. In der Medienwelt, darin wird man ihm zustimmen, sollte anders als in Kalifornien nicht die Lösung für Wahlmüdigkeit gesucht werden, Gottschalk bietet sich kaum an, denn „Gummibärchen werden nicht den Bundesadler ersetzen“, wie er treffend formuliert. Karl Richter sieht die USA „straucheln“ bei ihrer Interventionspolitik, man wird nicht widersprechen, auch nicht, dass die „Demokratisierung“ in Deutschland als einem der wenigen Länder erfolgreich gewesen sei. Als Beleg für die Boshaftigkeit der Juden werden unter anderem der malaysische Ministerpräsident Mahathir und der frühere US-Präsident Truman angeführt. Richtig ist die Kritik an dem von den Politikern nicht verhinderten Ausverkauf kommunaler Infrastruktur (Cross-border-leasing). Das Buch von Peter Glotz zur Vertreibung wird von Klaus Hansen positiv gewürdigt – das Problem liegt allerdings kaum darin, dass die „Deutschen auf Identität verzichten“ müssten. Man kann diese behalten, ohne deshalb nicht widerlegbare Geschichtsabläufe verbiegen zu müssen. (khr)

Aktivitäten**Unerwünschte Erben****Rechter Verlag ehrt verstorbenen Punk**

Der rechte „Medienvertrieb“ (Eigendefinition) Verlag und Agentur Werner Symanek (VAWS) aus Oberhausen plant einen „Tribut-Sampler“ für Sid Vicious, seinerzeit Bassist der Kult-Punkband „Sex Pistols“. Verstorben 1979 an einer Überdosis Heroin, sei er ein von der Musikindustrie und der Presse „geschaffenes (...) weiteres Opfer“, klagt Werner Symanek auf seiner Homepage.

Aufgefallen sind Symaneks Label und Versandhandel dadurch, mit Musikern und rechten Protagonisten völkisch-nationale und rechtsextreme Tendenzen in Musikszenen wie Industrial, Dark Wave und Neo-Folk hineinzutragen. Hilfe bot und bietet dabei auch der VAWS-Mitarbeiter und antisemitische Verschwörungsfanatiker Josef Maria Klumb, Kopf und Musiker der rechten Bands „Von Thronstahl“ und „Forthcoming Fire“. Als Sänger von „Weissglut“ musste Klumb seinerzeit die Band verlassen – die Plattenfirma Sony wollte nicht im Ruch stehen, mit einem Rechtsextremisten Geschäfte zu machen. VAWS produziert oder handelt zudem mit rechten Dark-Wave- und Neo-Folk-Bands wie „Death in June“ und „Blood Axis“. Nach Angaben des NRW-Verfassungsschutzes ist VAWS ebenso „seit über 15 Jahren durch die Produktion und den Vertrieb zahlreicher tendenziell rechtsextremistischer Bücher auffällig geworden, wozu insbesondere revisionistische Veröffentlichungen zählten, die die Aufwertung, Rechtfertigung oder Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus bezwecken.“ Im Angebot ist auch Literatur mit antisemitischen Verschwörungstheorien – teils selbst verlegt.

Was aber bewegt Symanek, einen einst chaotisch-anarchischen Punkmusiker und Junkie zu ehren? Vielleicht auch der Umstand, dass Vicious oft im Hakenkreuz-T-Shirt auftrat? Indes tat der das eher aus Provokation und um der konservativen britischen Gesellschaft eine Art Spiegel vorzuhalten. Fraglich dürfte also sein, ob sich Vicious in der VAWS-Ahnengalerie wohlfühlen würde, würde er noch leben. „Tribut-Sampler“ erschienen schon für die kürzlich verstorbene Filmemacherin Leni Riefenstahl und den nationalsozialistischen Bildhauer Josef Thorak.

Michael Klarmann

Meldungen**Inland**

■ **Berlin/Sprockhövel** – Marcel Ingnoli, Betreiber des rechtsextremen Ohrwurm-Versands in Sprockhövel, gegen den seit Monaten in der Szene Boykottaufrufe kursieren, gerät zunehmend in Schwierigkeiten. Per Internet werden seit Ende November Berichte über den Berliner „Landser“-Prozess verbreitet, die Ingnoli in den Augen seiner Kameraden weiter belasten sollen. Keinen Glauben schenken die Autoren Ingnolis Aussage, ein die Musikgruppe belastendes Schreiben sei zufällig bei einer Hausdurchsuchung gefunden worden. Polizeibeamte sagten hingegen aus, Ingnoli habe von sich aus den Staatsschutz darüber informiert. Dies getan zu haben sei „ein Verrat“, heißt es in dem Bericht. „Eine wirtschaftliche Schädigung durch bloßen Boykottaufruf“ sei „schon fast zu harmlos und eher noch eine Ermutigung für Nachahmungstäter“. Und weiter ganz unverhohlen: „Jeder weitere Kommentar an dieser Stelle würde von den Verfolgern als ‚Aufruf zu Gewalttaten‘ interpretiert, weshalb dies hier unterbleibt. Es kann jeder für sich selbst die Konsequenzen aus den hier gegebenen Informationen ziehen.“

■ **Berlin** – 250 Berliner Polizeibeamte und das SEK haben am Samstag, den 29. November eine Jahresparty der rechtsextremen „Hammerskins“ in einem Lokal im Stadtbezirk Pankow gesprengt. Versammelt hatten sich „Hammerskins“ aus der gesamten Bundesrepublik sowie aus der Schweiz und Frankreich. Unter den Gästen weilten auch Aktivisten der Neonazi-Rockergruppe „Vandalen“ sowie NPD-Mitglieder. Insgesamt 127 Personen wurden bei dem Polizeieinsatz, der in enger Kooperation mit dem Berliner Verfassungsschutz stattfand, überprüft. Es hagelte 15 Strafanzeigen unter anderem wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt sowie Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die „Hammerskins“ sehen sich selbst als „Elite“ der rechtsextremen Skinheadszenen.

■ **Berlin** – Angaben des Berliner Verfassungsschutzes zufolge haben die Neonazis in der Hauptstadt deutlichen Zulauf. In dem Lagebericht, den Innensenator Ehrhart Körting am 3. Dezember in Berlin präsentierte, wird festgestellt, dass in diesem Jahr besonders die Kameradschaftsszene wieder durch öffentlichkeitswirksame Aktionen in Er-

scheinung getreten sei. Genannt werden die „Kameradschaft Tor Berlin“, die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB), die „Kameradschaft Reinickendorf“ und die „Berliner Alternative Südost“ (BASO), deren treibende Kraft der ehemalige NPD-Funktionär Rene Bethage sei. Besorgnis erregend ist, dass Rechtsextremisten im ersten Halbjahr 2003 bereits 41 Gewalttaten, fast ausschließlich Körperverletzungen, begangen haben (2002 wurden insgesamt 52 gezählt). 34 Prozent der Gewaltdelikte wären in den Bezirken Treptow-Köpenick und Neukölln verübt worden, heißt es in dem Lagebericht. Bezirke, in denen die BASO besonders aktiv ist. Die Verfassungsschützer berichten ferner, dass die ANB, die gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner propagiere, im November dieses Jahres erstmals auch konkrete Gewalt gegen eine Person ausgeübt habe.

■ **Berlin** – Rund 200 Neonazis aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten am Samstag, den 6. Dezember im Berliner Südosten unter dem Motto „Freiräume schaffen, nationale Zentren erkämpfen“. Etwa 800 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an mehreren Gegendemonstrationen. Im Vorfeld hatten neben anderen die Elterninitiative „Rudow – gegen Rechts“ und das Bündnis „Bunt statt Braun“ zu Gegenveranstaltungen aufgerufen.

■ **Frankfurt** – Der rechtsextreme Schutzbund für das deutsche Volk (SDV, Postfachadresse Frankfurt; Konto bei der Postbank Karlsruhe) hat in der „Jungen Freiheit“ (49/03) eine Anzeige geschaltet. Beklagt wird darin die angeblich „automatisch ablaufende Überfremdung“. Der SDV orakelt: „Sollte denn die Auflösung des Deutschen Volkes und die Auslöschung einer deutsch geprägten Kultur das Ziel der Politik sein?“ Interessenten des SDV werden aufgefordert, für einen Jahresbeitrag von 25 Euro Mitglied zu werden. Der am 26. September 1981 in Heidelberg gegründete SDV sieht sich als Sachverwalter des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ vom 17. Juni 1981, in dem mehrere extrem rechte Professoren (unter anderem Helmut Schade, Helmut Schröcke, Theodor Schmidt-Kaler) ihre „Sorge“ über die „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug vieler Ausländer“ ausdrückten. Zweck des Vereins ist die „Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“. Geführt wird der SDV von Heilwig Holland, ehemals baden-württembergisches Landesvorstandsmitglied der Republikaner und Mitglied des revanchistischen Witikobundes. Will-

kommen ist Holland als Referentin auch bei der Gesellschaft für freie Publizistik und der Deutschen Studiengesellschaft.

■ **Kirchsahr** – Die rechte Pro-Bürger-Partei (PBP) sorgte Ende November im rheinland-pfälzischen Sahratal für Aufsehen. Die Abspaltung der Schill-Partei hatte für ein lokales Flugblatt das Landeswappen von Rheinland-Pfalz verwendet. Erklärtes Ziel der Kleinorganisation in Rheinland-Pfalz ist die Teilnahme an der Kommunalwahl im Juni des kommenden Jahres. Die PBP wurde am 28. Februar dieses Jahres in Düsseldorf gegründet. Ihr gehören derzeit rund 100 Mitglieder an, die bislang in Düsseldorf, Berlin und Hamburg aktiv sind. Der Bundesvorsitzende Frederick Schulze, ein ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, kündigte außerdem Aktivitäten für Mainz und Stuttgart an. Schulze war zuvor Funktionär der Schill-Partei, aus der er aber im Herbst 2002 ausgeschlossen wurde. Schulze hatte auf einer Veranstaltung Störern zugerufen, sie sollen arbeiten gehen, weil „Arbeit frei macht“.

■ **Köln** – Manfred Rouhs hat die von ihm in unregelmäßigen Abständen herausgegebene Zeitschrift „Signal – Das patriotische Magazin“ in „nation24.de“ umbenannt. „Signal“ erschien seit 1998 als Nachfolgemagazin des Strategieorgans „Europa Vorn“. Mit „nation24.de“ will Herausgeber Manfred Rouhs weg von einer klassischen politischen Zeitschrift und hin zu einem modernen Internetmagazin. Rouhs ist Vorstandsmitglied der Bürgerbewegung Pro Köln, die 2004 bei den Kommunalwahlen in Köln antreten will. Seinen politischen Werdegang startete Rouhs bei der Jungen Union. Später war er als Mitglied beziehungsweise Funktionär für die Jungen Nationaldemokraten, NPD, die Republikaner und die Deutsche Liga für Volk und Heimat aktiv. Autoren seiner Blätter sind unter anderem Hans-Ulrich Kopp, Claus Nordbruch, Wolfgang Traxel sowie Franz und Reinhard Uhle-Wettler, die allesamt auch für die „Junge Freiheit“ zur Feder gegriffen haben. Regelmäßig vertreten in Rouhs' Zeitschriften ist der Ex-JF-Autor Hrvoje Lorkovic, ehemals Dozent in Ulm, der für die Verlage Grabert/Hohenrain schreibt. Mit seinen Beiträgen zu Antimultikulturalismus, Befreiungsnationalismus sowie Anti-Globalisierung und Anlehnung an die Konservative Revolution prägt Lorkovic maßgeblich die Rouhs-Publikationen.

■ **Leipzig** – Die Jungen Konservativen rechnen in einem Rundbrief mit Joachim Siegerist, dem Vor-

sitzenden der Deutschen Konservativen, ab. Siegerist, „stets an vorderster Front, wenn es darum geht, große Töne zu spucken“, sei es gelungen, „innerhalb von zwei Jahren zwei Jugendverbände zu verschleifen“, beklagen die Jungen Konservativen. Auch sie selbst seien „Siegerist auf den Leim gegangen“ und wollten mit ihm nichts mehr zu tun haben, wird betont. Die Anzeige der Deutschen Konservativen, in der „alle Christen“ aufgefordert wurden, für Martin Hohmann zum verstorbenen Erzbischof Dyba zu beten, sei eine „Peinlichkeit und an Geschmacklosigkeit kaum noch zu überbieten“, kritisieren sie in dem Rundbrief. Hier zeige sich, womit ein Teil der vielen Spendengelder, die Siegerist „in seinen zahlreichen Bettelbriefen ahnungslosen Anhängern aus der Tasche“ locke, verschwendet würde, halten die Jungen Konservativen fest.

■ **Meckenbeuren** – In der Nacht zum 23. November haben starke Polizeikräfte die Gaststätte „Adler“ im schwäbischen Meckenbeuren (Bodenseekreis) gestürmt. Das Lokal hatte sich in den vergangenen Wochen zu einem regelmäßigen Treffpunkt der rechtsextremen Szene aus ganz Baden-Württemberg, Bayern und dem angrenzenden Ausland entwickelt. Am Samstag-Abend hatte der Regensburger Liedermacher Michael Müller dort einen Auftritt, bei dem auch Mitglieder und Funktionäre der Jungen Nationaldemokraten und der NPD anwesend waren. Die Gaststätte wurde nach dem Polizeieinsatz geschlossen.

■ **Nürnberg** – In der „Jungen Freiheit“ (49/03) wirbt der Verlag Ursula Brodhage aus Nürnberg für Bücher von Ernst Günther Schenck (1904 – 1998). Schenck war ehemals SS-Standartenführer und ab 1940 Ernährungsinspekteur erst für die Waffen-SS und dann für die ganze Wehrmacht. In Schencks Zuständigkeit fielen Ernährungsversuche im Konzentrationslager Mauthausen. 1997 attestierte die „Junge Freiheit“ Schenck, ein „Arzt mit Leib und Seele“ zu sein. Als „Zeitzeuge“ referierte Schenck unter anderem bei der geschichtsrevisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI). Die Auslieferung der Bücher betreibt Michael Schenck (Aachen).

■ **Winterberg** – Einen Abend im Polizeigewahrsam verbrachten Daniela Wegener, Anführerin der Neonazis im Hochsauerland, und Marion Figge, NPD-Kreisvorsitzende von Waldeck-Frankenberg, am letzten Samstag im November. Sie hatten rund 25 Rechtsextreme – unter anderem aus dem

Hochsauerland, Hessen, dem Märkischen Kreis, Kreis Olpe und dem Ruhrgebiet – an den Gräbern der 1997 bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Neonazis Andree Zimmermann und Thomas Kubiak auf dem Friedhof in Winterberg antreten lassen wollen. Die Polizei verhinderte den gemeinsamen Auftritt der Neonazis und ließ sie jeweils nur zu dritt auf den Friedhof – womit Wegener und Figge nicht einverstanden waren. Ihre Kameraden weigerten sich daraufhin zunächst, das Gelände am Friedhof zu verlassen, so dass die Polizei eine Bereitschaftseinheit herbei beorderte.

Ausland

■ **Österreich (Wien)** – Am 14. November wurde in Wien der seit längerer Zeit im Untergrund lebende Rechtsextremist Alfred Bayer verhaftet. Gegen den 68-jährigen Pensionär bestand ein Haftbefehl des Landgerichtes für Strafsachen Wien wegen Verdachts des Verbrechens nach dem Verbotsgesetz. Bayer war Funktionär der 1988 verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NDP) und gründete im Folgejahr die Partei Die Republikaner. Von Januar 1990 bis März 1995 war er Chefredakteur des gleichnamigen Parteiorgans (Untertitel: „Parteiblatt der Bewegung“). In dem Hetzblatt propagierte er die Zielsetzung des Nationalsozialismus, wesentliche Inhalte der NS-Ideologie und bestritt den Holocaust.

■ **USA (Colorado/Denver)** – Richard Joseph Scutari, einer der Führer der rechtsterroristischen Gruppe „The Order“, die in den frühen 80er Jahren die „arische Revolution“ vorbereiten wollte und unter anderem den jüdischen Radiomoderator Alan Berg ermordete, wird erst im Januar 2016 eine Chance auf Bewährung bekommen. Richter Richard Matsch, der schon 1987 das Verfahren gegen die Mitglieder von „The Order“ geleitet hatte, lehnte einen entsprechenden Bewährungsantrag von Scutari ab. Scutari, auch als „Mr. Black“ bekannt, war als Sicherheitschef der rechtsextremen Bande tätig und sitzt eine Haftstrafe von 60 Jahren ab. Ein prominenter Mithäftling und „Order“-Bruder ist David Lane, der Erschaffer der berüchtigten und mittlerweile zum weltweiten rechtsextremen Symbolschatz gehörenden „14 words“.

■ **USA (Indiana/Terre Haute)** – Im Fall des Brandanschlages gegen das „Candles“ Holocaust Museum von Terre Haute, Indiana (BnR 24/03) ist ein einschlägig vorbestrafter Rechtsextremist als dringend tatverdächtig verhaftet worden. Joseph

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 25-26/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

Charles Stockett war bereits 1976 wegen eines Anschlages auf eine Abtreibungsklinik in Oregon verurteilt worden und saß weitere Haftstrafen wegen Brandstiftung in anderen Bundesstaaten ab. In den letzten Jahren war er außerdem als Störer bei politischen Veranstaltungen aufgefallen, bei denen er die anwesenden Politiker mit rassistischen und antisemitischen Zwischenrufen beleidigte. Festgenommen wurde der 57-Jährige, nachdem er versucht hatte, einem zivilen FBI-Agenten seinen gebrauchten Wagen gegen eine illegale automatische Waffe mit der Begründung zu tauschen, dass er „in seinem Kampf seiner Rasse gegen die Juden vielleicht bald jemanden umbringen“ müsse.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.